



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VIII/190 - 17.8.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Die Mahnung des Evangelischen Kirchentages	S. 1
Das neue saarländische Staatsangehörigkeitsrecht	S. 3
Skandinavien und die Bundestagswahlen	S. 5
Ein Brief aus der Sowjetzone	S. 6
Die Spenden des Kanzlers	S. 7

Volk unter Völkern

C.G. So imponierend die Besucherzahlen des diesjährigen evangelischen Kirchentages in Hamburg waren, und so gering rein zahlenmäßig der Anteil der Besucher aus Mittelddeutschland daran auch gewesen sein mag - durch diese mehr als 10000 evangelischen Christen aus der Sowjetzone erhielt der Kirchentag erst sein eigentliches Gepräge. Die Tatsache, daß unter den Hunderttausenden, die zum Kirchentag nach Hamburg kamen, immer und überall Menschen aus der Zone waren, daß sie zuhörten, aber auch fragten, stand hinter jeder der vielen Veranstaltungen dieses Kirchentages. An dieser Tatsache ist der Inhalt der Reden und der Verlauf der Diskussionen zunächst und zuerst zu messen.

In sieben Arbeitsgruppen wurde das Hauptthema des Kirchentages, "Werft Euer Vertrauen nicht weg", behandelt. Es darf dabei nicht verschwiegen werden, daß bei der Behandlung ausgesprochen innen- und sozialpolitischer Themen nach wie vor zu spüren war, wie schwer der deutsche Protestantismus von seinen konservativen und patriarchalischen Traditionen bei der Behandlung politischer Einzelfragen loskommen kann, auch wenn er von seinem innersten theologischen Kern her niemals konkrete Anweisungen für die Haltung in politischen Einzelfragen geben kann und geben darf.

Aber es gibt letzte Entscheidungen, denen auch die

protestantische Kirche sich als Kirche zu stellen hat. Das Schicksal der 18 Millionen Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang gehört zu diesen letzten Entscheidungen. Es war deshalb kein Zufall, daß das Thema "Volk unter Völkern" das weitaus stärkste Interesse der Besucher des Kirchentages fand und geradezu zum zentralen Thema überhaupt wurde. Das Referat des hessischen Kirchenpräsidenten Niemöller zu dieser Frage wurde mit der größten Spannung erwartet. Wer jedoch Sensationen befürchtet hatte - wie jene, die sich bemühten, Niemöllers öffentliches Auftreten in Hamburg zu verhindern - wurde enttäuscht. Niemöller entwickelte kein eigenwilliges politisches Rezept, wie er es leider allzu oft getan hat, sondern bemühte sich, die grundsätzlichen Probleme, die aus der Spaltung unseres Volkes erwachsen, zu umreißen. Aufgabe und Stellung des eigenen Volkes könnten nur von seinem Verhältnis zu seinen Nachbarvölkern her begriffen werden. Damit sei mit der Frage nach dem Volk immer auch die Frage nach dem Frieden gestellt. Zu den Voraussetzungen des Friedens gehöre aber auch die Verständigung mit unserem Gegner, auch wenn er uns, wie der Nachbar im Osten, unheimlich sei. Zwar gehöre das deutsche Volk zum Westen, durch seine besondere Lage zwischen West und Ost sei ihm aber eine besondere Verantwortung aufgegeben, stärker und anders als den westlicheren Völkern. Man müsse fragen, ob nicht das Spannungsverhältnis zum Osten noch weiter verschärft werde, wenn wir noch engere Bande mit dem Westen eingingen. Frieden und Wiedervereinigung seien die entscheidenden Aufgaben für unser Volk, ohne daß dabei für Christen die Festlegung auf ein bestimmtes Programm zur Erreichung dieser Ziele möglich sei.

Durch diese Formulierung wurden jene, die Niemöllers Rede als theologischen Überbau einer bestimmten politischen Ideologie mißdeuten wollten, von vornherein widerlegt. Darüber hinaus wurden alle Vorwürfe gegenüber dem Drängen nach Wiedervereinigung, es entspringe nationalistischen oder konfessions- und parteipolitischen Machtstreben, hoffentlich für immer ad absurdum geführt. Der evangelische Kirchentag hat klar herausgestellt, daß das Streben nach Wiedervereinigung unseres Volkes auch ein Gebot der christlichen Nächstenliebe ist und daß es damit den Verzicht auf gewaltsame Lösungen in sich schließt. Denn dieses Streben ist hingestellt in alle Bemühungen, den Weltfrieden zu sichern und zu bewahren.

Von da aus wurde auch das Problem der erwachenden Völker Asiens und Afrikas sehr stark angesprochen. Im Gegensatz dazu tauchten Begriffe wie "Europa" und "christliches Abendland" kaum auf. Auch das ist kein Zufall. Die weltweite ökumenische Zusammenarbeit der protestantischen Kirchen macht an den Grenzen dieses Abendlandes nicht halt und kann damit die gefährliche Herabwürdigung dieser Begriffe zu einer einseitigen politischen Ideologie vermeiden. Gerade diese Mahnung des Kirchentages sollte in ihrer für die heutige politische Situation so brennenden Aktualität nicht unterschätzt werden.

Hitlermethoden dienten als Vorbild

x - Saarbrücken

Der saarländische Landtag beschäftigte sich kürzlich mit verschiedenen Vorlagen, die in ihrer einseitig gegen die Bundesrepublik gerichteten Tendenz wenig von dem europäischen Geist verraten, den die Saarregierung in ihrer Propaganda und Polemik so sehr betont. Vorlagen, die eine einseitige anti-deutsche Tendenz zur Schau tragen, sind

Der Entwurf zur Abänderung des saarländischen Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1948,

des weiteren

der Untersuchungsausschuß über angebliche Zuwendungen bundesdeutscher Stellen für den aufgelösten IV-Bergbau.

Auch der Gesetzentwurf über die Abänderung des Gemeindevahlgesetzes von 1949 läßt erkennen, daß man an der Saar nach wie vor bestrebt ist, durch Unterdrückung jedweder Opposition den einseitig nach Westen ausgerichteten Zustand aufrechtzuerhalten und, wenn möglich, noch zu verstärken.

Besonders auffallend sind einzelne vorgesehene Abänderungen des saarländischen Staatsangehörigkeitsrechtes. Schon das Staatsangehörigkeitsgesetz vom 15.7.1948 richtete sich einseitig gegen die angestammte Verbindung der Saarländer und des Saargebietes zu Deutschland. Durch § 2 des Gesetzes von 1948 verliert jeder Saarländer zwangsläufig die deutsche Staatsangehörigkeit. Es ergibt sich der paradoxe Zustand, daß jeder Saarländer, (d.h. jede Person, die nach saarländischem Recht die saarländische Staatsangehörigkeit besitzt), zusätzlich jede Staatsangehörigkeit der Welt neben der saarländischen haben darf mit der einzigen Ausnahme: der deutschen.

Kein Staat im Rechtssinne

Das saarländische Staatsangehörigkeitsrecht krankt von vornherein daran, daß das Saarland kein Staat im Rechtssinne ist. Die Väter der saarländischen Verfassung hatten gar nicht die Absicht, wie die inzwischen veröffentlichten Protokolle an zahlreichen Stellen beweisen, einen Staat im Rechtssinne zu schaffen. Sie haben das auch durch die Ausgestaltung der Verfassung zum Ausdruck gebracht. Auch das gesamte Ausland hat bisher dem Saarland die Anerkennung als Staat im rechtlichen und völkerrechtlichen Sinne verweigert.

Umso verwunderlicher ist es, wenn die Saarregierung unter Ausnutzung ihrer tatsächlichen Machtstellung jetzt wiederum verschärfte Bestimmungen schafft, die nur darauf gerichtet sind, Verbindungen einzelner Saarländer mit ihrem angestammten deutschen Vaterland zu zerschneiden oder zu verhindern.

Das saarländische Staatsangehörigkeitsgesetz zeichnet sich durch besonders scharfe Bestimmungen im Hinblick auf die Aberkennung der saarländischen Staatsangehörigkeit aus. Hier finden sich zum Teil Grundsätze, die in keinem Staatsangehörigkeitsrecht aller westlichen demokratischen und zivilisierten Staaten enthalten sind. Ganz offensichtlich haben die saarländischen Gesetzgeber mit Freuden das Vorbild des Hitlerstaates übernommen, der vielleicht als erster damit begonnen

hat, unbequeme oppositionelle eigene Staatsangehörige aus dem eigenen Verband auszuschließen, und die Betroffenen damit jeder Staatsbürgerrechte beraubte. Im Saargebiet gewinnt die Aberkennung der sogenannten saarländischen Staatsangehörigkeit noch eine besondere Bedeutung, weil nach Art. 11 Abs. 2 der saarländischen Verfassung nur der "Saarländer" das Grundrecht genießt, nicht ausgewiesen zu werden. Sobald die saarländische Staatsangehörigkeit einmal aberkannt ist, kann die Saarregierung jeden Bewohner ihres Gebietes ausweisen, gleichgültig ob er aus diesem Gebiet stammt und nach den allgemeinen Grundsätzen der Menschenrechte Anspruch auf Heimat- und Aufenthaltsrecht genießt. Die von der Saarregierung in den neuen Gesetzentwurf hineingebrachten Abänderungen gewinnen deshalb ihre eigentliche Bedeutung nur unter dem Gesichtspunkt einer späteren Ausweisung der Betroffenen.

Willkür Tür und Tor geöffnet

Ganz besonders treten hier die neu gefaßten Bestimmungen der §§ 17 und 18 hervor. Eine Aberkennung der saarländischen Staatsangehörigkeit wird jetzt schon ermöglicht, wenn der Betroffene "sich in schwerwiegender Weise verfassungswidrig betätigt". Mag die Anwendung dieser Bestimmung auch nur auf Personen zulässig sein, die zwar nicht im Saargebiet geboren, aber trotzdem seit 1923 und früher dort ansässig sind, so liegt in dieser Neufassung eine Durchbrechung des verfassungsmäßig garantierten Rechtsstaates. Es ist an der Saar eine bekannte Erfahrungstatsache, daß allein der Innenminister Hector darüber bestimmt, wann eine verfassungswidrige Betätigung vorliegt und ob diese im Sinne der neuen Regelung "in schwerwiegender Weise" geschah. Durch das Abgehen von der Verurteilung im ordentlichen Gerichtsverfahren ist damit jeder Willkür Tür und Tor geöffnet. Auch die bisherige Möglichkeit, einem Saarländer die Staatsangehörigkeit dann abzuerkennen, wenn er eine Stellung in dem Dienst einer ausländischen Macht bekleidet und diese Stellung nicht auf Aufforderung der saarländischen Regierung aufgibt, ist wesentlich erweitert worden. Natürlich hat die Saarregierung nichts dagegen, wenn ein Saarländer im Dienst der französischen Regierung tätig ist.

Sie wird deshalb nur dann einschreiten, wenn es sich um eine solche Betätigung innerhalb oder für die Bundesrepublik handelt. Da das saarländische Staatsangehörigkeitsrecht jede Doppelstaatsangehörigkeit, ausgenommen der deutschen, zuläßt, kann die Saarregierung auch einem fremden Doppelstaatsangehörigen die Tätigkeit für seine Heimatregierung nie verbieten. Es ergibt sich somit der groteske Zustand, daß an der Saar Tausende Franzosen im französischen Sinne und für die französische Regierung tätig sein und dabei die vollen Rechte als saarländische Staatsangehörige besitzen können, während sie demjenigen, der eine Stelle bei oder für eine deutsche Behörde einnimmt, die saarländische Staatsangehörigkeit aberkennen kann und dann die Ausweisung des Betroffenen vornehmen darf. Eine solche Regelung ist ein typischer Beweis, wie an der Saar die Grundsätze der demokratischen Menschenrechte, aber auch einer echten europäischen Verständigung mißachtet werden.

Noch deutlicher zeigt sich dieser Gedanke in dem neu einzuführenden § 17, Abs. 2. Danach verlieren alle Saarländer automatisch ihre Staatsangehörigkeit, wenn sie in ein "ausländisches" (gemeint ist natürlich nur das bundesdeutsche) Parlament oder parlamentarische Körperschaft gewählt oder ernannt werden. Die Formulierung des Gesetzentwurfes geht soweit, daß sogar die einfache "Bewerbung" bereits automatisch

den Verlust der saarländischen Staatsangehörigkeit bewirkt und damit die Ausweisung gestattet. Auch in dieser Bestimmung hat sich jedoch die saarländische Regierung die Möglichkeit vorbehalten, ihren Staatsangehörigen "die parlamentarische Tätigkeit im Ausland" zu gestatten. Dadurch wird nicht nur der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Bürger vor dem Gesetz (Art. 12 der saarländischen Verfassung) verletzt, sondern die einseitige Ausrichtung der gesamten saarländischen Innenpolitik nach Frankreich dokumentiert.

Die Neufassung dieses Gesetzes beweist die dringende Notwendigkeit, daß sich endlich übernationale Stellen, insbesondere der Europarat, mit den Vorwürfen befassen, die man der saarländischen Regierung in Bezug auf eine ständige Verletzung der allgemeinen Grund- und Menschenrechte macht.

+ + +

Zwei Stimmen aus Skandinavien

Die meist verbreitete skandinavische Abendzeitung, der Stockholmer "Expressen", hat dieser Tage mit außerordentlicher Schärfe gegen die Politik der Regierung Adenauer Stellung bezogen. Ihr wird ein völliges Versagen in sozialer Hinsicht und eine schwächliche Haltung gegenüber rechteradikalen Elementen vorgeworfen.

Selten in der Geschichte, so schreibt "Expressen", habe man einen solchen Mangel an Solidarität, Nächstenliebe und einfachster Hilfsbereitschaft erlebt, wie in den Jahren Konrad Adenauers als Regierungschef der Bundesrepublik. Die Einstellung gegenüber den Notleidenden wird "entehrend" genannt. Was schließlich für die Flüchtlinge getan worden sei, könne beispielsweise nicht mit der Hilfe des schwedischen Volkes für seine Nachbarn verglichen werden, oder mit dem, was andere Völker für ihre eigenen Landsleute getan haben würden, wenn sie plötzlich in zwei Teile gespalten worden wäre. Der westdeutsche Regierungschef habe bewiesen, daß die Flüchtlingsfrage für ihn kaum eine Rolle spiele.

Die schwedische Zeitung gibt weiterhin der Meinung Ausdruck, daß sich in den Ministerien, vor allem im Auswärtigen Amt, in der Wirtschaft, der Presse usw. ein beträchtlicher come-back nationalsozialistischer Kräfte ereignet habe. Mit einer ähnlichen Entwicklung müsse man auch im Falle einer westdeutschen Wiederbewaffnung rechnen.

X

Das Zentralorgan der norwegischen Regierungspartei, "Arbeiderbladet", schreibt in einem Leitartikel, daß den bevorstehenden Wahlen zum Bundestag in Norwegen mit großem Interesse entgegengesehen wird. Es kann kaum ein Zweifel darüber herrschen, heißt es wörtlich, daß vom norwegischen Gesichtspunkt aus ein Vormarsch der deutschen Sozialdemokraten einen Schritt in der Richtung bedeutet, von der wir wünschen möchten, daß sie von Deutschland eingeschlagen würde.

Die Sozialdemokraten haben sich nach dem Kriege als das zuverlässigste demokratische Element in der neuen Bundesrepublik erwiesen, schreibt "Arbeiderbladet" weiter. Über die deutschen Gewerkschaften heißt es in diesem Zusammenhang, daß sie eine vorständige und kluge Führung habe und eine verantwortungsbewusste, demokratische Haltung der Arbeiterschaft gewährleistet hätten.

+ + +

Wo liegt hier ein Unterschied ?

Aus der Ostzone wird uns geschrieben:

Uns liegt - "draußen" in der Ostzone - die Ausgabe der "Neuen Zeitung" vom 7. Juli vor. Sie bringt einen Bericht über des Bundeskanzlers Rede, die er am Sonntag zuvor auf einer Kundgebung des katholischen Männerwerkes in Köln hielt. Abgesehen davon, daß der Bundeskanzler hierbei seine Stellung und sein katholisches Glaubensbekenntnis dazu benutzt, um auch außerhalb von CDU-Wahlkundgebungen reine Wahlreden zu halten und auch abgesehen davon, daß er dabei den lieben Gott in einer Weise erwähnt, als wäre dieser Mitglied der CDU und Anhänger der Kanzlerpolitik, wundert uns ein Passus in seiner Rede, den die "Neue Zeitung" wie folgt zitiert:

"Wenn die SPD nach den Wahlen die Bundespolitik bestimmen sollte und mit der Nichtunterlegung der Ratifikationsurkunden das ganze Vertragswerk zu Fall brächte, dann "würde eine gewaltige Erschütterung die ganze Welt heimsuchen und uns politisch und wirtschaftlich in tiefste Tiefen stürzen".

Wir in der Ostzone haben es gelernt, zwischen den Zeilen zu lesen. Es soll doch wohl heißen, daß diese furchtbaren Folgen dann eintreten würden, wenn eine SPD-Außenpolitik die Wiedervereinigung Deutschlands vor der Europaintegration rangieren ließe. Mit diesem gleichen Thema befaßte sich aber bereits am Sonnabend, also am Tage vor der Kanzlerrede, der Chefredakteur des Bayrischen Rundfunks, Walter von Cube. Wiederum nach der "Neuen Zeitung" erklärte dieser:

"Der Selbstmord der Bundesrepublik, damit sie Platz für Gesamtdeutschland mache, ist unnötig und unsinnig". Das wiedervereinte Deutschland wäre, "getrennt von Europa, verlassen von Amerika", nur "gemeinsam zum gesamtdeutschen Elend verurteilt".

Die Kanzlerrede und der Cubekommentar haben also einen auffällig ähnlichen Grundtenor. Das eine Mal wird ein Wahlsieg der SPD, das andere Mal die Wiedervereinigung als Ausgangspunkt der apokalyptisch ausgemalten Folgen bezeichnet - sinngemäß ist aber beide Male der Vorrang der deutschen Wiedervereinigung vor der Europaintegration gemeint. Beide Male wird das "Abschwenken" Amerikas angekündigt, beide Male wird das wirtschaftliche Elend prophezeit.

Diese Übereinstimmungen machen uns in der Ostzone stutzig. Was sollen wir davon halten, wenn wir den Bundeskanzler, der hunderte Male ein Bekenntnis zu Gesamtdeutschland abgelegt hat, jetzt in der gleichen Weise argumentieren hören, wie einen Walter von Cube, dessen

feindliche Einstellung zur Wiedervereinigung bekannt ist und der bereits mehrfach Gegenstand politischer Skandale war ! Was sollen wir davon halten, wenn jetzt in einer solch massiven Form an die Bogen- und Sparkassenbuchinstinkte der westdeutschen Bürger appelliert wird - einmal vom Bundeskanzler, um den westdeutschen Bürger für seine (angeblich den Wohlstand garantierende) "Konzeption" zu gewinnen, das andere Mal von einem Cube, um den gleichen westdeutschen Bürger die Lust an der Wiedervereinigung zu verleiden ?

Wie nun, Herr Bundeskanzler, wenn wir in der Ostzone und mit uns alle jene Millionen westdeutscher Menschen, die ehrlich der Wiedervereinigung zustreben, aus dem gemeinsamen Ausgangspunkt, aus der gemeinsamen Schlußfolgerung, die Herrn von Cube an ihre Seite gestellt hat, auch ein gemeinsames Endziel herauslesen würden, Wer könnte uns dies, nach allen trüberen Erfahrungen noch verargen ?

+ + +

Kanzler - "Geschenke" erhalten die Freundschaft

F.B. Daß kleine Geschenke die Freundschaft erhalten, wußten nicht nur die Verliebten aller Zeiten und die Afrika-Forscher der achtziger Jahre, nein, auch der Bundeskanzler hält sich an diese alte Regel. Nicht erst seit heute, aber besonders auffällig in diesen Tagen, wo mit seiner Politik nicht mehr viel Staat zu machen ist.

Wo des Bundeskanzlers Sonderzug oder Wagenkolonne auftaucht, da haben schon finstige Propagandisten aufgespürt, wo der Kanzler als der "gute Onkel Konrad" oder der hochherzige Politiker auftreten kann. Hier ist es der Kinderwagen für eine Familie, die im Bunker vegetieren muß und das siebente Kind erwartet, dort ist es ein Geschenkkorb für ein armes Jubelpaar, in einem Flüchtlingslager das Brautkleid für ein junges Paar.

Wohlgemerkt, niemand hat etwas dagegen, daß für diese Zwecke Geld ausgegeben wird. Den Armen ist es in dieser "sozialen Marktwirtschaft" herzlich zu gönnen. Abzulernen ist es aber, daß die rührigen propagandistischen Helfer und Helfershelfer des Bundeskanzlers dafür sorgen, daß tage darauf die Titelblätter oder die Lokalseiten verkünden: "Dr. Adenauer schenkte ..."

So liegen die Dinge nun doch nicht. Geschenkt hat nicht

Dr. Adenauer oder die Bundesregierung, sondern wir, die Steuerzahler, denn es handelt sich nicht um Beträge aus des Kanzlers Privatschatulle. Es sind ordentliche Haushaltsmittel, die dem reichhaltigen Verfügungsfonds des Kanzlers entnommen werden.

Wahrlich, hier war die Koalition, die diese Mittel bewilligte, nicht kleinlich gewesen. So hat der Bundeskanzler für allgemeine Zwecke 200000 M zur Verfügung, 700000 M sind für außerordentliche unvorhergesehene Zwecke bestimmt und 4.500000 M - der berichtigte Titel 300 - kann der Kanzler zur "Förderung des Presse- und Informationswesens" ausgeben. Insgesamt also 5.400000 M. Rechnet man die 800000 M hinzu, die unter dem sonderbaren Titel "Veröffentlichungen der Bundesregierung" laufen, und die 700000 M, die im Haushalt des Bundeskanzleramtes für die Dienststelle Blank zur Verfügung stehen, dann ergeben sich Verfügungsfonds in Höhe von rund 6.900000 M, die parlamentarischer Kontrolle nicht unterliegen, mit denen der Kanzler oder seine Beauftragten tun und lassen können, was sie für richtig halten.

Sie halten es für richtig, Wahlpropaganda mit Kindorwagen und Brautkleidern zu treiben, mit Summen also, die 100 M kaum überschreiten. Wofür die Zehn- und Hunderttausende aus diesen Verfügungsfonds ausgegeben werden, wird in der Öffentlichkeit nicht gesagt. Warum hat man beispielsweise die Anfrage der SPD-Fraktion nicht beantwortet, die wissen wollte, wieviel Geld die saubere "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" erhalten hat, die Wahlpropaganda für die Bundesregierung betreibt? Allein diese Organisation hat schätzungsweise eine halbe Million M erhalten. Warum weigert man sich, zu sagen, welche Summen für den "Gelben Dienst" des Bundespresse- und Informationsamtes ausgegeben werden, der an Gehältern und Honoraren, Druck- und Papierkosten mindestens 50000 M bis zu den Wahlen kosten wird?

Aber so ist es, die Steuermittel, die für Parteipropaganda der Bundesregierung verpulvert werden, verschweigt man, die wenigen D-Mark, die für vernünftige Zwecke ausgegeben werden, hingegen münzt man in persönliche Geschenke des Kanzlers um.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau